„Die Grenzen des Sagbaren haben sich verschoben“

Ein Expertininterview mit Ruth Wodak

von Andreas Schulz

SozMag: *Sehr geehrte Frau Wodak, Sie schreiben einleitend in Ihrem Buch „Politik mit der Angst“(2016), dass Sie sich bereits seit vielen Jahren mit dem Thema Rechtspopulismus beschäftigen. Wissen Sie noch, welches bestimmte Ereignis Sie veranlasst hat, in diesem Forschungsgebiet zu arbeiten und warum?*

Wodak: Ich kann mich sehr gut daran erinnern, welche Ereignisse sowohl mich als auch meine Kolleg_innen am Institut für Sprachwissenschaft der Uni Wien dazu bewogen haben, uns der genauen Analyse des Rechtspopulismus und der entsprechenden Rhetorik zuzuwenden: der Aufstieg Jörg Haiders 1986, die sogenannte „Waldheim-Affäre“ im selben Jahr sowie der darauffolgende steile Aufstieg der FPÖ ab 1989 waren sicher u.a. ausschlaggebend. Es war schon damals deutlich zu erkennen, dass sich ein neues Identitäts- und Geschichtsnarrativ entwickelt hat, begleitet von einem neuen politischen Diskurs, gerichtet an das scheinbar homogene „wahre“ (österreichische) Volk. Ein Diskurs, der sich gleichzeitig gegen das Establishment und die Eliten sowie gegen Fremde, insbesondere aus Osteuropa, richtete. Natürlich spielte die Person Jörg Haider damals eine große Rolle, auch was seinen Habitus und seine Rhetorik bzw. Gesprächsführung betraf. Einerseits war er – wie die meisten FPÖ-Politiker_innen – NLP-geschult, andrerseits ein geschickter Demagoge, der den „kleinen Mann und die kleine Frau“ anzusprechen vermochte.

1989 kam es nach dem sogenannten „Fall des Eisernen Vorhangs“ zu einem massiven Anstieg von Fremdenfeindlichkeit, als viele

 https://doi.org/10.3224/soz.v12i2.02

Menschen aus dem ehemaligen Ostblock nach Österreich einwanderten. Zu diesen Entwicklungen haben wir übrigens mehrere Forschungsprojekte durchgeführt und Bücher auf Deutsch und Englisch veröffentlicht, wie „*Notwendige Maßnahmen gegen Fremde?*“ (1995), “*The Haider Phenomenon*” (2002), „*Dreck am Stecken*” (2002), “*The Politics of Exclusion*” (2009), “*Rightwing Populism in Europe: Politics and Discourse*” (2013), “*Politics of Fear*” (2015a) sowie eine Vielzahl von Aufsätzen (u.a. Forchtner et al. 2013; Rheindorf/Wodak 2019; Wodak 2015b, 2017a, b, 2018, 2019).

Viele inhaltliche Argumentationen, viele Metaphern und andere rhetorische Tropen wie auch diskursive Strategien der Ausgrenzung von den Diskursen um 1989 lassen sich in den Diskursen um die Flüchtlingsbewegung 2015 wiederfinden (vgl. Wodak 2015a; Rheindorf/Wodak 2018; Fuchs 2016). Natürlich sind solche diskursiven und argumentativen Strategien nicht nur in Österreich zu beobachten, sondern – jeweils kontextbedingt – in vielen anderen Ländern, realisiert von den entsprechenden rechtspopulistischen Parteien und deren Politiker_innen (Man denke nur an Matteo Salvinis LEGA, an den US-Präsidenten Donald Trump, an die Brexit-Partei von Nigel Farage, oder auch an Viktor Orbans Fidesz).

SozMag: *Um was für Strategien handelt es sich, welche sind typisch sowohl für die frühere als auch die aktuelle Politik der Angst?*

Zu diesen Strategien zählen beispielsweise die sogenannte „Opfer-Täter-Umkehr“, d.h., die Zuwandernden werden als mächtig, ja als Invasor_innen dargestellt, die Mehrheitsbevölkerung hingegen als ohnmächtig und schwach. Sprachliche Mittel bei den Diskursen über Flüchtlinge und Migration sind häufig Flut- und andere Naturkatastrophenmetaphoriken („Flüchtlingsströme, Tsunami, Flüchtlingswellen“) sowie entmenschlichende Vergleiche, die die Fremden mit Tieren, insbesondere Schädlingen, und Krankheitserregern gleichsetzen (Fremde seien wie „Parasiten“ oder „Viren“). Insgesamt weist die Rhetorik, damals wie heute, ein Framing des „Krieges“ und des „Kampfes“ auf und verweist damit auf eine typische *Body-Politic*, bei der Fremde scheinbar in den „Volkskörper“ gewaltsam eindringen. Dies manifestiert nativistische Ideologien und eröffnet Assoziationen zu faschistischem Gedankengut.

Diese Entmenschlichung und die entsprechende Kriegsmetaphorik machen zunächst Angst; die Obleute solcher Parteien stilisieren sich im nächsten Schritt als „Retter der Nation“, die das „wahre Volk“ beschützen müssen und es auch können. Gleichzeitig werden simplistische Dichotomien hergestellt, die die Gesellschaft einem „Kampf-Framing“ entsprechend charakterisieren sollen: Die Welt ist systematisch in „Wir“ und die „Anderen“ geteilt; diese Anderen sind – so wird propagiert

Ruth Wodak

Ruth Wodak ist emeritierte Professorin für Diskursforschung an der Lancaster University (UK) und für Angewandte Linguistik an der Universität Wien. Sie hat 1974 an eben dieser promoviert und 1980 habilitiert. Sie ist Trägerin vieler Preise, darunter der Wittgenstein Preis für Elite Wissenschaftler_innen (1996), das Große Silberne Ehrenkreuz für Verdienste um die Republik Österreich (2011); 2018 wurde sie mit dem Lebenswerk Preis des Frauenministeriums ausgezeichnet. Sie ist Mitglied der *Academia Europaea* und der *British Academy of Social Sciences*. Ihre Forschungstätigkeiten umfassen folgende Gebiete: kritische Diskursforschung, Sprache und Politik (Populismusforschung), Identitäts- und Vergangenheitspolitik, Gender Studies, Migrationsforschung, und linguistische Vorurteilsforschung zu Rassismus sowie Antisemitismus.

– böse und die alleinige Ursache von Problemen, die es zu lösen gilt. Dabei können die „Anderen" jeweils kontextabhängig definiert und ausgegrenzt werden. Die Sündenbock-Strategie erlaubt nun in einem dritten Schritt, diesen jeweils arbiträr definierten „Anderen" sämtliche Schuld an den großen Herausforderungen und Problemen zuzuschieben.

1989 waren die „Anderen" Migrant_innen aus den ehemaligen Ostblockländern; 2015 Flüchtlinge aus Syrien, dem Irak, dem Iran, und aus anderen Kriegsgebieten. Hinzu kommt, dass alle Fremden (jene, deren Einreise man aus den obengenannten Gründen verhindern will), unter eine Kategorie gefasst und gleichzeitig kriminalisiert werden: Sie seien alle „illegale Migrant_innen". Dazu muss betont werden, dass in den Sozialwissenschaften und übrigens auch im Globalen Migrationspakt von „*irregulären* Migrant_innen" gesprochen wird, als „illegal" werden nur Menschen bezeichnet, wenn sie mit negativem Asylbescheid bzw. ohne Aufenthaltsbewilligung gesetzeswidrig im Land verharren. Hier muss ich aber einfügen, dass es selbstverständlich auch willkommene Migrant_innen gibt: etwa Tourist_innen, wohlhabende und qualifizierte/priviligierte Migrant_innen (die beispielsweise in internationalen Organisationen arbeiten oder auch Wissenschaftler_innen).

Zusammenfassend schlage ich vor, die rechtspopulistischen Ideologien, denn

darum handelt es sich, anhand folgender vier Dimensionen zu bestimmen: Erstens, *Nationalismus/Nativismus/Anti-Pluralismus*, d.h. rechtspopulistische Parteien beziehen sich auf ein scheinbar *homogenes Ethnos* (Gemeinschaft, *Volk*), das nach ethnischen – häufig sogar nach nativistischen (blutbezogenen) Kriterien – definiert wird. Wert wird hierbei auf ein sogenanntes *Kernland* (oder *Heimat*) gelegt, dass vor scheinbar gefährlichen Eindringlingen geschützt werden muss. Auf diese Weise werden *Bedrohungsszenarien* aufgebaut – die Heimat oder das „Wir" werden von „Anderen" bedroht. Zweitens wird der *Anti-Elitismus* betont, oft verbunden mit starker EU-Skepsis. Außerdem werden plebiszitäre Verfahren bevorzugt, die Suche nach einer „wahren, direkten Demokratie", wobei eine sogenannte „formalistische Demokratie" als Antonym dargestellt wird; derart würden immer die Mehrheit bevorzugt, Minderheiten allerdings nicht mehr geschützt. Drittens spielt *Autoritarismus* eine zentrale Rolle: Ein R*etter, ein charismatischer Führer,* wird verehrt, der zwischen den Rollen von Robin Hood (Schutz des Sozialstaats, Unterstützung von „Mann und Frau auf der Straße") und einem „strengem Vater" wechselt. Dieser Retter soll für Sicherheit sorgen, anhand von restriktiver *Law-und-Order*-Politik. Viertens spielt die Dimension des *Konservativismus* und *Geschichtsrevisionismus* eine zentrale Rolle: Es geht um *traditionelle, konservative Werte* (traditionelle Geschlechterrollen und Familienwerte), man beharrt auf dem Status quo bzw. ist in seinen Werten rückwärtsgewandt. Der Schutz der Heimat bedingt auch den Glauben an ein gemeinsames *Narrativ der Vergangenheit,* in der „*Wir*" entweder Held_innen oder Opfer des Bösen waren (z.B. Opfer einer *Verschwörung* von Feind_innen des Vaterlandes). Sozialleistungen sollen im Sinne eines *Wohlfahrtschauvinismus* nur für die echten/wahren Mitglieder des *Ethnos* gelten. Solche Parteien werben für *Veränderung*, weg von einem höchst gefährlichen Weg, der demnach in ein apokalyptisch ausgemaltes Inferno führe (Wodak 2017b; Rheindorf/ Wodak 2019).

SozMag: *Welche Veränderungen konnten Sie seitdem innerhalb des Diskurses bestimmen und wie haben die (Sozial-)Wissenschaften darauf reagiert?*

Wodak: Die Sozialwissenschaften haben sich auf unterschiedlichen Ebenen und aus verschiedenen disziplinären Perspektiven heraus damit beschäftigt, wie beispielsweise im Rahmen der Politikwissenschaft innerhalb der supply/demand-Forschung, die unter anderem den Fragen nachgeht, was solche Parteien bieten, welche Bedürfnisse sie ansprechen oder was bestimmte Wähler_innengruppen erwarten. In der Geschichtswissenschaft spielen diese Veränderungen bei der Frage nach historischen Kontinuitäten und Brüchen bei faschistischen und rechtsextremen

> [Ich bin] fest davon überzeugt, dass sich derart komplexe Phänomene am besten interdisziplinär untersuchen lassen.

Parteien und Bewegungen eine Rolle. Die Ökonomie befasst sich wiederum mit dem Einfluss der Globalisierung und der Finanzkrise auf solche Veränderungen.

Allerdings bin ich fest davon überzeugt, dass sich derart komplexe Phänomene am besten interdisziplinär untersuchen lassen und auch immer kontextabhängig betrachtet werden sollten. Denn man kann die vielen unterschiedlichen rechtspopulistischen Parteien und die Ursachen für ihre Erfolge keineswegs über einen Kamm scheren. Es ist beispielsweise zu beobachten, dass gerade in sehr reichen Ländern, wie in Norwegen, in der Schweiz, in Dänemark und Österreich, solche Parteien höchst erfolgreich Wahlkämpfe bestreiten und großen Zuspruch erfahren, obwohl die Finanzkrise sich in diesen Ländern weit weniger ausgewirkt hat als etwa im europäischen Süden. Dies hängt unter anderem mit großen Verlustängsten zusammen, Ängsten, dass man „uns" etwas wegnimmt, mit einer demographischen Panik („Wir" sterben aus). – Identitätspolitik und Wohlfahrtschauvinismus spielten und spielen in diesen Ländern eine große Rolle. Die Argumentation stützt sich darauf, dass die sozialen Errungenschaften nicht verloren gehen dürfen und dass diese ausschließlich für das „wahre" Volk bestimmt sind, für die „echten" Österreicher, Finnen, Deutschen, Ungarn, Franzosen.

Anders verhält es sich etwa in Italien, Spanien, Portugal und Griechenland, wo die Finanzkrise voll eingeschlagen hat und noch immer (11 Jahre später) eine massive Jugendarbeitslosigkeit herrscht. Die neoliberale Austeritätspolitik hat die Einkommensschere stark vergrößert, viele Länder haben wichtige Sozialleistungen gekürzt. Die Wahrnehmung vieler Menschen war und bleibt jedoch, dass vor allem die Banken, nicht aber die Menschen vom Staat gerettet wurden. Daher gab es beispielsweise in Griechenland eine starke Polarisierung zwischen links- und rechtspopulistischen/rechtsextremen Parteien, wie SYRIZA einerseits, und der Goldenen Morgenröte anderseits. Trump hat ebenfalls viel Resonanz in de-industrialisierten Gebieten und verarmten Städten erhalten; aber natürlich nicht nur – Trumps Wahlsieg war von vielen anderen Faktoren abhängig, wie u.a. Yascha Mounk (2018) und John Judis (2016) ausführlich dargestellt haben.

SozMag: *Welche Konsequenzen haben diese ‚Diskursverschiebungen' auf unser Verständnis von Zusammenleben?*

Wodak: Erstens haben sich die *Grenzen des Sagbaren* spürbar und signifikant verschoben; derart kommt und kam es zu einer *Normalisierung* rechtsextremer, ehemals tabuisierter Inhalte und Begriffe. Wöchentliche, wenn nicht tägliche sogenannte „Einzelfälle", intentionale Provokationen und Tabubrüche von Politikern wie Verhetzung, antisemitische und anti-muslimische Äußerungen, Anspielungen auf Nazi-Jargon bzw. dessen Euphemisierung, usw., führen trotz entsprechender Empörung zu einem Gewöhnungseffekt. Die *Aushöhlung demokratischer Institutionen*, die schleichende, aber häufige und systematische *Umdefinierung bzw. sogar Ablehnung demokratischer Prozeduren* (wie etwa die Nichtbeantwortung parlamentarischer Anfragen, das Vernachlässigen von Gutachten zu Gesetzesentwürfen, Einschüchterungsversuche und ein Untergraben der Pressefreiheit sowie Attacken auf die unabhängige Justiz) führen, wie beispielsweise in Ungarn oder Polen, Schritt für Schritt in eine zunehmend explizit autoritäre Regierungsform.

Aufgrund der neuen, sozialen Medien kann die vierte Säule einer pluralistischen, liberalen Demokratie, der Journalismus, für manche Politiker_innen und Parteien an Bedeutung verlieren, ja sogar obsolet werden: Politiker_innen wenden sich nun direkt an „das Volk" und erreichen über Facebook, Instagram und Twitter viele „friends und followers".

Vielerorts wird die *muslimische Bevölkerung* verstärkt ausgegrenzt (siehe beispielsweise für den österreichischen Fall den Report von SOS-Mitmensch 2019). Falsche Generalisierungen verstärken Vorurteile – gerade auch in jenen Regionen oder Ländern, wo kaum oder sehr wenige Muslime leben, wie z.B. in Polen (Bevelander/Wodak 2019). Das *traditionelle Feindbild* einer sogenannten *„mächtigen jüdischen Weltverschwörung"* dient darüber hinaus wieder global als Sündenbock; der US-amerikanische, ursprünglich aus Ungarn stammende, jüdische Philantrop George Soros wird metonymisch als Symbol des Bösen schlechthin konstruiert: Orbán, Trump, Babiś, Kaczyński, Salvini, Gudenus, und viele andere rechtspopulistische Politiker_innen unterstellen Soros,

> „[D]ie *Grenzen des Sagbaren* [haben sich] spürbar und signifikant verschoben; derart kommt und kam es zu einer *Normalisierung* rechtsextremer, ehemals tabuisierter Inhalte und Begriffe.

als Drahtzieher sämtliche Flüchtlinge und Migrant_innen nach Europa bzw. in die USA zu bringen. Derart verbinden sich anti-muslimische, xenophobe und antisemitische Stereotype zu einem riesigen und äußerst bedrohlichen Verschwörungsszenario, das tatsächlich an die 1930er erinnert: Früher diente „Rothschild" als Symbol für den imaginierten mächtigen Juden und damit als Projektionsfläche für alle komplexen gesellschaftlichen Probleme - heute ist es „Soros".

Eine weitere signifikante Diskursverschiebung betrifft ein Verhalten, das ich als „*schamlose Normalisierung*" bezeichne: Viele bestehenden Konventionen (der Höflichkeit, der Diskussion und Auseinandersetzung, der Verhandlung, der Konfliktaustragung usw.) wurden und werden in der politischen Auseinandersetzung immer häufiger über Bord geworfen. Dazu zählen die unsäglichen sexistischen Äußerungen gegenüber und die Angriffe auf Politikerinnen und Journalistinnen von Donald Trump, die fast täglich lancierten Lügen und Unwahrheiten, sowohl über traditionelle Medien wie auch online und über Social Media. Diese werden zwar jeweils schnell als Unwahrheiten enttarnt – aber, und das ist der wesentliche Punkt, das Verhalten zieht keine oder kaum Konsequenzen nach sich (Block 2019; Moffitt 2016; Wodak 2019). Entschuldigungen scheinen nicht mehr als notwendig zu gelten, Beleidigungen bleiben im Raum stehen. Man bewegt sich in verschiedenen, voneinander völlig abgegrenzten Diskurswelten, in denen signifikant unterschiedliche Normen und Regeln gelten.

Zudem besteht häufig *kein Interesse an einer sachlichen Auseinandersetzung*, Diskussionen werden destruktiv, als Kampf geführt. Die geballten Angriffe auf die jeweils arbiträr definierten Eliten finden vermehrt positive Resonanz, im Sinne: „endlich traut sich jemand, das zu sagen, was sich alle denken". Dabei kommt einem Strohmann-Argument große Bedeutung zu: rechtspopulistische Parteien geben vor, gegen eine „Sprachpolizei", gegen eine als Zensur erlebte „Political Correctness" anzukämpfen – obwohl überall Meinungsfreiheit herrscht, solange nicht gegen bestimmte Gesetze verstoßen wird (wie gegen Anti-Diskriminierungsgesetzgebung, gegen das Verbotsgesetz in Österreich usw.). Gleichzeitig lehnen solche Politiker_innen selbst jegliche Kritik ab und stilisieren sich schnell als Opfer (einer gegnerischen Kampagne etwa). Oft ist solches Verhalten mit der Strategie der Opfer-Täter-Umkehr verbunden.

All dies wirkt sich entsprechend – natürlich nicht kausal gesehen – auf unsere politische und mediale Kultur aus (vgl. Mudde/Kaltwasser 2017):

Es kommt zu immer größerem Vertrauensverlust in die nationale und transnationale

Politik, damit auch zu einer zunehmenden Politikverdrossenheit, einer Depolitisierung, einer „Postdemokratie“ (vgl. die Theorien des britischen Soziologen Colin Crouch). Eine solche kann schließlich von einer zunehmenden Sehnsucht nach „Rettern aus der Not“, nach „einem starken Mann“ begleitet sein.

Die Ablehnung von wissenschaftlichen Eliten und wissenschaftlicher Expertise führt weiter zu einer Ablehnung kritischer, unabhängiger Expert_innen, also der Leugnung faktenbasierten Wissens. Fakten werden zu Meinungen degradiert, zu sogenannten „alternative facts“. Mit simplen Lösungen kann man natürlich schnell punkten; sie stellen sich jedoch häufig als kurzfristig, untauglich oder sogar als falsch heraus. Weiter ist auffällig, dass die Inszenierung von Politik überhandnimmt, auf Kosten von differenzierten und auch komplexen Inhalten. Slogans übernehmen die Funktion von Argumenten, Gleichklang die Funktion von Meinungsvielfalt und Diskussion.

SozMag: *Intellektuelle wie Chantal Mouffe schlagen als Reaktion auf die Diskursverschiebungen einen „linken Populismus“ vor. Auch prominente Politiker_innen teilen diese Ansicht. Für wie sinnvoll erachten Sie derartige Reaktionen und Forderungen hinsichtlich eines demokratischen Diskursverständnisses?*

Wodak: Ich denke, dass in unterschiedlichen Kontexten unterschiedliche Kommunikationsstile, -inhalte und Textsorten erforderlich sind. Natürlich sind gute Slogans im Kontext einer Wahlauseinandersetzung wichtig; auch positive Narrative und ein anderes Framing können als Gegendiskurse wirksam werden. Insgesamt sind stärkere Initiative und Themensetzung, anstelle von stetem Reagieren auf lancierte Provokationen wichtig. Die Provokations- und Empörungsdynamik, die ich in meinem Buch „*Politik mit der Angst*“ ausführlich beschreibe („das rechtspopulistische Perpetuum Mobile“), muss durchbrochen werden. Letztlich halte ich mehr Partizipationsmöglichkeiten an Entscheidungen, vor allem lokal, für wesentlich. Mehr Dialog auf Augenhöhe ist notwendig. Wie das gelingen kann, führt uns das irische Modell erfolgreich vor Augen. Sehr komplexe Themen werden vor einer Parlamentsabstimmung von 100 zufällig ausgelosten Menschen kontinuierlich und mit Unterstützung von Moderator_innen und Expert_innen jeweils ein Jahr lang bearbeitet und als Vorschlag in den Entscheidungsprozess eingebracht. Die Partizipation ist institutionalisiert; Teilnehmer_innen zeigen sich im Nachhinein sehr zufrieden und meinen, dass ihre „Stimme“ endlich gehört wird.

SozMag: *Sie betonen in Vorlesungen, dass ihr Buch „Politik mit der Angst“ entstand, noch bevor an eine Trump-Präsidentschaft,*

den Brexit oder eine erfolgreiche Etablierung einer rechtspopulistischen (bis hin zu rechtsnationalen) Partei in Deutschland zu denken war. Warum gibt es Ihrer Meinung nach derzeit so viele reaktionäre Bewegungen und Politiker_innen, die die gesellschaftlichen Diskurse derart bestimmen?

Wodak: Das ist eine schwierige Frage. Teilweise wurden die Unzufriedenheit und Verunsicherung vieler Menschen von den Mainstream-Parteien unterschätzt, teilweise wurden mit Lügen und Unwahrheiten, ja sogar mit gekauften Datenmengen (wie von Cambridge Analytica, im Falle des Brexit Referendums 2016) Referenden und Wahlen entscheidend beeinflusst.

Verlustängste, Ressentiments und Neid wurden und werden vielerorts sehr geschickt geschürt und manipuliert. Als Folge der neoliberalen Austeritätspolitik hat der Fokus auf den Einzelnen, auf Leistung zu Ungunsten einer kollektiven Solidarität, ebenfalls wesentlich zugenommen. Die wachsende Ungleichheit und steigende Armut wurden vom Mainstream viel zu wenig beachtet, was bei vielen Menschen sicherlich zu berechtigter „Wut" geführt hat („man hat die Banken, nicht die Menschen gerettet"). Die sehr unterschiedlichen Folgen vermehrter Einwanderung in die Städte und die damit verbundenen Konsequenzen für Bildungseinrichtungen wurden viel zu lange nicht und zu wenig wahrgenommen. Dadurch wurden zu wenig Maßnahmen für eine sinnvolle Integration von Fremden finanziert und implementiert. In Zeiten großer Verunsicherung (vgl. die sehr wichtigen Arbeiten von Zygmunt Bauman) wirken autoritäre und gleichzeitig simple Angebote, die gezielt Sündenbockstrategien einsetzen, bekanntlich gut.

SozMag: *Wir wissen, dass nicht nur in Ländern mit autoritären, nationalsozialistischen und faschistischen Vergangenheiten neue Formen autoritärer Politik nachgefragt werden. Gibt es soziologische Determinanten, mit denen man sich diesen aktuellen gesellschaftlichen Entwicklungen annähern kann und inwiefern greift das Erklärungsmodell, dass viele Menschen sich in der derzeitigen Phase der Globalisierung „nach einem starken Führer" sehnen?*

Wodak: Wir leben in Zeiten großer Beschleunigung, riesiger Herausforderungen und zum Teil nicht vorhersehbarer Krisen. All dies kann zu einem Gefühl kollektiver Ohnmacht und Handlungsunfähigkeit des Einzelnen bzw. der Einzelnen führen; auch eine nationale Politik ist von transnationalen und globalen Phänomenen bestimmt und abhängig. Zudem scheint die Wirtschaft die Politik zu bestimmen, und nicht umgekehrt. Einerseits ist jeder und jede aufgrund der globalisierten Kommunikationsmittel potentiell „mit fast der ganzen Welt" in Verbindung, andererseits führen die großen Herausforderungen wie die Klimakrise,

> Die Wissenschaft kann wesentlich zur Aufklärung beitragen, allerdings muss sich auch „die Wissenschaft“ deklarieren, Position beziehen und sich in verständlicher Form äußern.

Terror, Migration usw. zu einer rückwärtsgewandten Sicht, einer Retrotopia, zu einer Verstärkung von Nationalismus und neuen materiellen und symbolischen Grenzziehungen. Das Brexit-Referendum und der Trumpismus weisen auf große Stadt-Land-Differenzen hin, auf den Faktor Mobilität als distinktives Merkmal für Wählerentscheidungen: Mobile Menschen wohnen, so wird angenommen, eher im städtischen Raum und gelten als weltoffener. Auch Generationsunterschiede spielen eine Rolle (ältere Menschen haben bspw. eher für einen Brexit gestimmt). Genderpolitik rückt ebenfalls zunehmend in den Vordergrund: eine nativistische und heteronormative nationale Identität steht multikulturellen und diversifizierten nationalen Identitäten immer öfter gegenüber. Erwiesenermaßen wählen Männer häufiger als Frauen rechtspopulistische Parteien.

SozMag: *Was braucht es, die verschiedenen gesellschaftlichen Teile und ihre ‚Wahrheiten‘ (Stichwort postfaktische Realitäten) wieder zusammenzubringen und welchen Beitrag kann die Wissenschaft dabei leisten?*

Wodak: Die Wissenschaft kann wesentlich zur Aufklärung beitragen, allerdings muss sich auch „die Wissenschaft“ deklarieren, Position beziehen und sich in verständlicher Form äußern und dies in vielen verschiedenen Öffentlichkeiten, mittels unterschiedlicher Textsorten. Solange es in der Wissenschaft vor allem darum geht (bzw. für viele junge Wissenschaftler_innen darum gehen muss), in möglichst vielen Impact Journals zu publizieren (und derart notwendigerweise ihre Ergebnisse nicht einer breiteren Öffentlichkeit zugänglich machen zu können), wird sie kaum Einfluss erlangen (vgl. etwa Bevelander/Wodak 2019). Natürlich gehören gerade Wissenschaftler_innen zu „den Eliten“, die vielerorts abgelehnt werden. Daher muss die Wissenschaft bzw. müssen die Wissenschaftler_innen den Dialog mit vielen Menschen suchen, Fragen beantworten, zuhören, aufklären ohne moralisierenden Zeigefinger, verständlich und diskursiv; aber gleichzeitig immer klare Grenzen der Akzeptanz signalisierend, auf der Basis unserer pluralistischen Demokratie und Verfassung.

LITERATUR

Bauman, Zygmunt (1995): Making and Unmaking of Strangers. In: Thesis Eleven Jg. 43/1, S. 1-16.

Bevelander, Pieter/Wodak, Ruth (Hrsg.) (2019): Europe at the Crossroads. Göteborg: Nordicum.

Block, David (2019): Post-Truth and Political Discourse. Basingstoke: Palgrave.

Forchtner, Bernhard/Krzyżanowski, Michal/Wodak, Ruth (2013): Mediatization, right-wing populism, and political campaigning: the case of the Austrian Freedom Party. In: Tolson, Andrew/Ekström, Mats (Hrsg.): Media talk and political elections in Europe and America. Basingstoke: Palgrave Macmillan, S. 205-228.

Fuchs, Christian (2016): Racism, Nationalism and Right-Wing Extremism Online: The Austrian Presidential Election 2016 on Facebook. In: momentum Quarterly Jg. 5/3, S. 172-196.

Judis, John B. (2016): The Populist Explosion. How the great Recession transformed American and European Politics. New York: Columbia Global Reports.

Krzyżanowski, Michal/Wodak, Ruth (2009): The Politics of Exclusion. Debating Migration in Austria. New Brunswick: Transaction Publishers.

Matouschek, Bernd/Wodak, Ruth/Januschek, Franz (1995): Notwendige Maßnahmen gegen Fremde? Genese und Form von rassistischen Diskursen der Differenz. Wien: Passagen.

Moffitt, Benjamin (2016): The Rise of Global Populism. Stanford: University Press.

Mounk, Yascha (2018): The People vs. Democracy. Cambridge: University Press.

Mudde, Cas/Kaltwasser, Roviro (2017): Populism. Cambridge: Cambridge University Press.

Rheindorf, Markus (2017): Integration durch Strafe? Die Normalisierung paternalistischer Diskursfiguren zur „Integrationsunwilligkeit". In: Zeitschrift für Diskursforschung Jg. 2017/2, S. 182-206.

Rheindorf, Markus/Wodak, Ruth (2017): Borders, Fences, and Limits. Protecting Austria from Refugees: Metadiscursive Negotiation of Meaning in the Current Refugee Crisis. In: Journal of Immigrant and Refugee Studies Jg. 16/1-2, S. 15-38.

Rheindorf, Markus/Wodak, Ruth (2019): "Austria First" Revisited: A diachronic cross-sectional analysis of the gender and body politics of the extreme right. In: Patterns of Prejudice Jg. 53/3, S. 302-320.

Wodak, Ruth (2015a): Politics of Fear: What Right-Wing Populist Discourses Mean. London, UK: Sage. (auf Deutsch übersetzt 2016: Politik mit der Angst: Zur Wirkung rechtspopulistischer Diskurse. Berlin/Wien: Konturen).

Wodak, Ruth (2015b): Normalisierung nach Rechts: Politischer Diskurs im Spannungsfeld von Neoliberalismus, Populismus und Kritischer Öffentlichkeit. In: Linguistik Online Jg.73/4, S. 27-44.

Wodak, Ruth (2017a): The 'Establishment', the 'Élites', and the 'People': Who's who? In: Journal of Language and Politics Jg. 16/4, S. 471-484.

Wodak, Ruth (2017b): Vom Rand in die Mitte – „Schamlose Normalisierung". Politische Vierteljahresschriften Jg. 59/2, S. 323-336.

Wodak, Ruth (2018): "Strangers in Europe": A Discourse-historical Approach to the Legitimation of Immigration Control 2015/16. In: Zhao, Sumin/Djonov, Emilia/Björkvall, Anders/Boeriis, Morten (Hrsg.): Advancing Multimodal and Critical Discourse Studies. London: Routledge, S. 31-50.

Wodak, Ruth (2019): Entering the 'Post-Shame Era' – the Rise of Illiberal Democracy, Populism and Neo-Authoritarianism in EU-rope: The case of the turquoise-blue government in Austria 2017/2018. In: Global Discourse. An interdisciplinary journal of current affairs Jg. 9/1, S. 195-213, doi:10.1332/204378919X15470487645420.

Wodak, Ruth/KhosraviNik, Majid/Mral, Brigitte (Hrsg.) (2013): Right-wing populism in Europe. Politics and discourse. London: Bloomsbury.

Das Interview wurde von **Andreas Schulz** vorbereitet und von Frau Wodak im August 2019 schriftlich beantwortet. Am Lektoratsprozess waren die Redaktionsmitglieder **Cathrin Mund** und **Tamara Schwertel** beteiligt.